

VORZEITIGE TARIFVERHANDLUNGEN

# Job-Rettung duldet keinen Aufschub

So geht's weiter

17. Februar: zweite  
Tarifverhandlung

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie haben gestern begonnen. Der IG Metall-Vorstand hat die Bezirke NRW und Baden-Württemberg beauftragt, in vorgezogenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern ein Jobpaket zu schnüren. „Sichere Arbeitsplätze, Übernahme der Ausgebildeten und mehr Geld – das alles muss drin sein“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Oliver Burkhard zum Auftakt der Verhandlungen gestern in Neuss.

Beschäftigungssicherung hat für die IG Metall Vorrang. Noch immer fehlen im Vergleich zur Zeit vor der Krise 20 Prozent der Arbeit in den Betrieben. Das erfordert jetzt 120 Prozent Anstrengung. Damit die Krise nicht zur Katastrophe für die Arbeitsplätze wird. „Wir brauchen eine Brücke, die über das gesamte Tal der Krise trägt“, sagte IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer Oliver Burkhard. Ziel ist ein Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“, der Beschäftigung bis ins Jahr 2012 sichert.

## Wir drehen keine Nullrunde

Oliver Burkhard, IG Metall-Bezirksleiter NRW



Beschäftigungssicherung und Einkommenserhöhung sind keine Gegensätze. Beides ergänzt sich. Es geht darum, sowohl Einkommen als auch Beschäftigung zu sichern. Arbeitgeber, die von einer Nullrunde träumen, sollten jetzt schnell aufwachen. 15 Prozent der Betriebe sind nicht in der Krise oder bereits wieder heraus.

Wir gehen erstmals in der Tarifgeschichte der Metall- und Elektroindustrie ohne bezifferte Entgeltforderung in die Verhandlungen. Besondere Situationen erfordern besondere Aktionen. Es geht auch in dieser Tarifrunde um Geld. Eine Nullnummer wird es nicht geben. Reallohnsicherung muss mindestens sein. **In einem fairen Jobpaket müssen sichere Arbeitsplätze und mehr Geld stecken.**



GEMEINSAM FÜR EIN  
GUTES LEBEN



Der geltende Entgelttarifvertrag läuft erst Ende April aus. Beschäftigungssicherung duldet jedoch keinen Aufschub, sie muss jetzt tarifvertraglich geregelt werden. „Alle Beschäftigten sollen an Bord bleiben“, sagte Oliver Burkhard gestern vor der Presse. An einem einzigen Tag Anfang Februar standen in einer Zeitung diese Überschriften: „Pleitewelle überrollt den Mittelstand“ – „Firmen: Jeder Dritte verpasst den Aufschwung“ – „Krise: Privater Konsum stagniert“.

„Wir verhandeln jetzt, weil wir Ergebnisse brauchen: fair, schnell, gut“, sagte Oliver Burkhard. Alle Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung sollten so lange wie nötig gelten, die zum Einkommen so kurz wie möglich.

## ver.di und IG Metall – zwei Wege, ein Ziel

Zwischen IG Metall und ver.di lässt sich kein Keil treiben, auch wenn manche Medien das derzeit versuchen. Die unterschiedlichen Forderungen beider Gewerkschaften passen zu unterschiedlichen Bedingungen: Die Mitglieder von ver.di pochen auf bessere Bezahlung, wollen Altersteilzeit und Übernahme geregelt haben. Das alles verbirgt sich hinter 5 Prozent. In der Metall- und Elektroindustrie sind Arbeitsplätze bedroht, deshalb geben die Mitglieder der IG Metall der Beschäftigungssicherung Vorrang. Aber mehr Geld muss auch für die Metaller drin sein. Sonst gibt es kein Ergebnis.

# Die Krise überbrücken – keine Entlassungen!

Die IG Metall-Bezirke haben seit Dezember 2009 mit den regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie in vielen Sondierungsgesprächen geprüft, ob und wie ein Jobpaket geschnürt werden kann. Zentrale Frage: Wie können die Arbeitsplätze über die gesamte Krise hinweg gesichert werden?

2009 ist das weitgehend gelungen – dank Umweltprämie, Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit.

Die gesetzliche Kurzarbeit ist und bleibt 2010 das Instrument der ersten Wahl. Volle 24 bzw. 18 Monate Kurzarbeit zu nutzen ist die beste Beschäftigungssicherung.

Doch Kurzarbeit ist begrenzt. Erforderlich ist eine Brücke, die über das gesamte Tal der Krise trägt. Die Kurzarbeit voll nutzen, Zeiten der Beschäftigungssicherung anschließen – und damit besser vor Kündigung schützen, das ist das Ziel.

**Für das Lösungspaket zeichnet sich ab:**

**ERSTENS:** Ein Betrieb, der schon lange die Kurzarbeit nutzt, soll verpflichtet werden, sie zu verlängern. Dabei soll er die Kosten der Kurzarbeit mindern können; gleichzeitig muss er die betroffenen Beschäftigten vor betriebsbedingter Kündigung schützen.

Eine Möglichkeit, die Kosten der Kurzarbeit zu mindern, ist die: Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, das der Betrieb auch den Kurzarbeitern zu 100 Prozent zahlen muss, wird für ein ganzes Jahr auf das Monatseinkommen aufgeteilt. Aus Jahreszahlungen werden Monatszahlungen. Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld geht nicht ganz verloren: Die Beschäftigten können höheres Kurzarbeitergeld beanspruchen. Der Betrieb spart sogenannte Remanenzkosten (Urlaubs- und Weihnachtsgeld).

**ZWEITENS:** Die gesetzliche Kurzarbeit könnte um eine tarifliche ergänzt werden. Mit dieser tariflichen Kurzarbeit könnte die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 28 oder – im Extremfall – auf bis zu 26 Stunden abgesenkt werden.

Ein Teilentgeltausgleich müsste die damit verbundenen Belastungen der Beschäftigten mindern. Betriebsbedingte Kündigungen wären auch in diesem Fall für die Dauer der tariflichen Kurzarbeit – mindestens sechs Monate – auszuschließen.

## Starke Angst vor Jobverlust

In nur zehn Prozent der Metallbetriebe von NRW sind Entlassungen kein Thema. In 90 Prozent sind sie das beherrschende Thema. Das geht aus einer Befragung der IG Metall NRW hervor. 92 Mitglieder der Tarifkommission Metall-Elektro äußerten ihre Einschätzungen zur Krise (mehr: [www.igmetall-nrw.de](http://www.igmetall-nrw.de) / Klick auf Tarife/Metall&Elektro).

Entlassungen konnten bisher in jedem dritten Betrieb verhindert werden. In ebenso vielen sind sie bereits erfolgt. Kurzarbeit wird nach Einschätzung der Befragten in 50 Prozent der Betriebe unverändert bleiben oder sogar ausgeweitet. Nur in jedem vierten Betrieb wird sie reduziert.

### Bessere Übernahme-Regeln

Ausgebildete müssen für mindestens zwölf Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Es sei denn, die Firma hat über Bedarf ausgebildet oder die Übernahme ist wegen akuter Beschäftigungsprobleme nicht möglich. So steht es im geltenden Tarifvertrag.

**Diese Ausnahmeregelungen sollten verbessert werden.**

**Unser Ziel:**

▶ Hat eine Firma über Bedarf ausgebildet, sollen Arbeitgeber und Betriebsrat drei Monate vor Ende der Ausbildung prüfen, ob zwischenzeitlich doch ein Bedarf entstanden ist, der die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis möglich macht.

▶ Ist eine Übernahme für mindestens zwölf Monate in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis nicht möglich, sollte geprüft werden, ob eine Übernahme

- in Teilzeit
- in einen anderen Betrieb des Arbeitgebers oder in der Region
- in gesetzliche oder tarifliche Kurzarbeit möglich ist.

**Die Betriebsparteien könnten auch vereinbaren,**

▶ dass die Übernahme nach dem Wehr- oder Zivildienst oder nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr stattfindet

▶ dass Nicht-Übernommene die Möglichkeit erhalten, sich bis zu 24 Monate auf freie Stellen zu bewerben.

### Unsere Forderungen an die Politik

IG Metall und Metallarbeitgeber brauchen die Unterstützung der Politik, um eine belastbare Beschäftigungsbrücke bauen zu können. Notwendig ist zweierlei:

▶ Betriebe, die jetzt Kurzarbeit beantragen, können das für 18 Monate tun. Die Arbeitsagentur erstattet aber die Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter nur noch bis Jahresende. Die Betriebe müssen aber für die gesamte Dauer von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden. Sonst wird die Kurzarbeit zu einem stumpfen Instrument.

▶ Der Teilentgeltausgleich bei der tariflichen Kurzarbeit ist sozialversicherungsfrei zu stellen. Diese Freistellung sichert eine starke Nutzung der tariflichen Kurzarbeit – und das verhindert Entlassungen.

## POSTKARTEN-AKTION

# Frei(heit) für Bildung

Eine Tarifforderung der IG Metall-Jugend NRW lautet: „Fünf Tage Bildungsurlaub auch für Auszubildende!“ Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die IG Metall NRW die

Internet herunterladen ([www.igmetall-nrw.de](http://www.igmetall-nrw.de)), doppelseitig ausdrucken und ausfüllen. Auf der Rückseite können drei Aussagen angekreuzt werden: „Ich will Frei(heit) für Bildung, weil

- Bildung den Unterschied macht
- Ich mich persönlich weiterentwickeln möchte
- Wissen Zukunft macht.

Die Karten sollten bis spätestens 16. Februar der IG Metall-Betriebsleitung NRW oder der IG Metall vor Ort vorliegen. Sie werden eingesammelt und dem Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie überreicht.



Aktion „Frei(heit) für Bildung“ gestartet. Jeder und jede Auszubildende kann sie unterstützen: Einfach die Postkarte im



## OPERATION ÜBERNAHME

# Ausgebildete statt Leiharbeiter eingestellt

Die Geschäftsführung des Kölner Pumpenherstellers Oerlikon Leybold Vacuum wollte erneut Leiharbeitnehmer einstellen. Der Betriebsrat lehnte das ab. Er setzte stattdessen durch, dass die Ausgebildeten für zwölf Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Betriebsratsvorsitzender Ingo Seckel (Foto): „Wir brauchen zum Glück keine Kurzarbeit mehr. Da haben

wir unsere Rechte aus dem Tarifvertrag genutzt und Druck gemacht. Ausgebildete einzustellen ist besser als Zeitarbeiter anzuheuern. Leiharbeit darf schließlich nicht zu Lasten von Übernahme und regulärer Beschäftigung ausgeweitet werden.“



## Stimmen aus der Tarifkommission



### Vorrangig Beschäftigung sichern

„Beschäftigungssicherung ist etwas, was wir in dieser Krise dringend brauchen. Je mehr Lohnausgleich dabei für die Kollegen herauskommt, desto besser. Und die Jugend braucht eine Zukunft, sprich bessere Regelungen zur Übernahme

in ein Arbeitsverhältnis.“ Daniela Knott, Betriebsrätin bei GKN Walterscheid in Lohmar



### Sichere Jobs – das Topthema

„Im letzten Jahr haben wir schon knapp sechs Monate kurzgearbeitet, und sehr wahrscheinlich werden wir in naher Zukunft erneut kurzarbeiten müssen. Beschäftigungssicherung ist deshalb für uns – wir sind noch 650 Beschäftigte – das

Topthema. Ende 2009 haben schon zehn Prozent der Belegschaft über Abfindungen und Altersteilzeit das Unternehmen verlassen.“ Nayim Alatas, Betriebsrat bei Nexans in Mönchengladbach



### Auch nach Kurzarbeit keine Kündigungen

„Wir haben bis Jahresende 2010 Kurzarbeit vereinbart und per Gesamtbetriebsvereinbarung bis Ende April 2011 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent

des Einkommens aufgestockt und Qualifizierungsschichten eingeführt. Das passt, das ist eine runde Sache. Aber was kommt danach? Die Beschäftigungssicherung muss fortgesetzt werden, wir brauchen Anschlussregelungen. Der Schutz vor Kündigungen darf nicht plötzlich abbrechen.“ Frank Markowski, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Salzgitter Mannesmann Präzisrohr in Brackwede bei Bielefeld



### Sichere Arbeitsplätze – ein hohes Gut

„Bei uns stehen Entlassungen an. Kurzarbeit hatten wir Ende 2008/Anfang 2009. Im letzten Sommer sah's wider Erwarten plötzlich besser

aus, dann ging's erneut mächtig bergab. Wir haben eine Achterbahnfahrt erlebt – und wissen nicht, was kommt. Klar, sichere Arbeitsplätze sind ein hohes Gut. Deshalb ist es wichtig, dass IG Metall und Arbeitgeberverband möglichst viel für Beschäftigungssicherung tun.“ Angelika Incorvaia, Betriebsratsvorsitzende von Sigenia-Aubi in Siegen



### Einkommenssicherung plus X

„Unsere wirtschaftliche Lage ist stabil. Wir spüren die Krise, müssen uns aber nicht auf Kurzarbeit einstellen. Wir hoffen, dass es in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht aufwärts geht. Wir halten viel von solidarischer Tarifpolitik. Gut, dass Beschäftigungssicherung im Mittelpunkt steht. Schön wäre, wenn zusätzlich mehr Geld herauspringt – Einkommenssicherung plus X.“

Benno Bargmann, Betriebsratsvorsitzender der Bochumer Eisenhütte



### Verantwortung für die Jugend

„Gerade in Zeiten der Krise müssen wir den Auszubildenden signalisieren: Wir tun was für euch. 'Die Jugend ist die Zukunft', heißt es in allen Sonntagsreden. Das stimmt ja auch. Wir dürfen nur nicht vergessen: Die Verantwortung dafür tragen jetzt, in der Gegenwart, die Älteren. Der Jugend eine sichere Zukunft zu bieten, das ist unsere und die gesellschaftspolitische Verantwortung der Arbeitgeber. Die IG Metall bekennt sich dazu, hoffentlich tun das auch die Arbeitgeber.“

Klaus Niebusch, Betriebsratsvorsitzender von Miele in Gütersloh